

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung  
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung  
c/o SRG Deutschschweiz  
Fernsehstrasse 1-4  
8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellenrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellenrgd.ch)

Zürich, 7. Januar 2025

**Dossier Nr. 10532, «SRF News» vom 10. Dezember 2024 – «Was Milei als Argentinien's Präsident in einem Jahr erreicht hat» und «Tagesschau» vom 10. Dezember 2024 – «Argentinien: Ein Jahr unter Präsident Milei»**

Sehr geehrter Herr XY

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 13. Dezember 2024, worin Sie obige Berichterstattung wie folgt beanstanden:

<https://www.srf.ch/news/international/wilde-frisur-und-kettensaege-was-milei-als-argentinien-s-praesident-in-einem-jahr-erreicht-hat>

*«Einige Statistiken sind falsch. Viele Statistiken und Aussagen sind irreführend. Der Artikel als Ganzes ist tendenziös.*

*TV-Beitrag, Zitat 1 + Online-Beitrag: Paragraf zu "Armut":*

*- "Die Armut ist auf über 50% geklettert, die Arbeitslosigkeit steigt."*

*--> Erstens: Inflationsberechnung: Viele Preise waren zuvor administriert und lagen unter dem Gleichgewichtspreis, weswegen viele Güter, z.B. im Supermarkt, gar nicht erst verfügbar waren. Zum offiziellen USD-ARS Wechselkurs konnte man keine Pesos erwerben, der Schwarzmarktpreis war massiv viel höher. Die Aufhebung von Maximalpreisen lässt zwar die Preise steigen, senkt jedoch die Armut, da Güter zu diesem Preis dann auch tatsächlich vorhanden sind. Die neue, "statistisch korrigierte" Statistik der Armut reflektiert also zu einem sehr grossen Teil die geerbte Realität der Vorgängerregierung und weniger eine realwirtschaftliche Zunahme der Armut, wobei es natürlich viele individuelle Ausnahmen geben mag.*

*--> Zweitens: Selbst wenn man die erste Tatsache ignoriert, liegen die aktuellen Statistiken zu Armut und Obdachlosigkeit bereits unter den Werten vom Amtsantritt (45.2% zu 44.6%,*

sowie 14.6% zu 11.6%). Bei einer Jahresbilanz einer neuen Regierung darf erwartet werden, dass nicht 6-9 Monate alte Werte verwendet werden, sondern eine aktuelle Quellen-recherche betrieben wird.

--> Drittens: Die Abdeckung der Sozialhilfe des Grundnahrungsmittel-Warenkorbs ist seit Amtsantritt von 54.8% bis auf 100.7% gestiegen.

--> Viertens: Die Armut sinkt seit der "ersten Korrektur" um durchschnittlich etwa 6.7% pro Quartal, die Obdachlosigkeit um 17% pro Quartal.

--> Fünftens: Die Arbeitslosigkeit ist aktuell am sinken. Ausserdem wird starkes Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit prognostiziert.

*Online-Beitrag, Paragraf zur Dollarisierung*

--> Der Paragraf ist korrekt jedoch sehr irreführend, da

--> Erstens: Offiziell Währungswettbewerb eingeführt wurde. Mieten, Arbeitsverträge, etc. dürfen neu mit Dollar bezahlt werden

--> Zweitens: Da die Ausweitung der Geldmenge in Peso gestoppt wurde, wird bei Wirtschaftswachstum auf neue Währungen zurückgegriffen werden müssen. Dies dürfte zu einem grossen Teil der Dollar sein. Langfristig wird der Anteil der Dollarisierung volkswirtschaftlich endogen ansteigen.

*Online-Beitrag, Paragraf zur "Verschlankung des Staates"*

- "Daraus ist allerdings bislang noch nichts geworden."

--> Der Paragraf ist weitgehend korrekt, das letzte Zitat jedoch falsch.

--> Erstens: Es wurden bereits einige staatliche Unternehmen privatisiert, wie z.B. Erersa, InterCargo und mehrere Logistikunternehmen.

--> Zweitens: Die Regierung hat die Umwandlung weiterer Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften beschlossen, um deren Privatisierung zu erleichtern.

--> Drittens: Eine Hauptursache, dass noch nicht mehr privatisiert wurde ist die Ablehnung eines solchen Gesetzesvorschlag durch das Parlament.

*Vorenthaltung relevanter Informationen:*

- Durch die Aufhebung der Mietpreisbremse und weitere Deregulierungen sind die Mieten um durchschnittlich über einen Drittel gefallen und das Angebot hat sich mehr als verdoppelt. Diverse Altmieten sind zwar angestiegen, doch die Wohnungsnot in Argentinien ist signifikant gelindert.

*Zusammenfassung:*

*Teilweise Falsche oder veraltete Statistiken, teilweise irreführende Darstellung und teilweise Vorenthaltung relevanter Informationen.»*

**Die Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Gerne geben wir zunächst den genauen Text zu den beanstandeten Punkten im Beitrag wieder.

In der Moderation hiess es wörtlich:

**«Die Kehrseite: Die Armut ist auf über 50% geklettert, die Arbeitslosigkeit steigt.»**

Sowie im Text des Onlinebeitrages:

*«Armut: Milei hat eine Reihe von Sozialprogrammen gekürzt, die Renten nur unterhalb der Inflationsrate erhöht und die Unterstützung für soziale Projekte wie Armenküchen heruntergefahren. Nach der Streichung von Subventionen sind die Preise für Strom, Wasser und Gas explodiert. Vielen Menschen geht es schlechter als zu Beginn von Mileis Amtszeit. So ist der Anteil der Argentinier unterhalb der Armutsgrenze um über zehn Prozentpunkte auf 52.9 Prozent gestiegen. 18.1 Prozent der Menschen leben sogar in extremer Armut – das bedeutet, dass ihr Einkommen nicht ausreicht, um sich mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen.»*

Im Onlinebeitrag hiess es wörtlich:

*«Dollarisierung: Eines der wichtigsten Versprechen in seinem Wahlkampf war die Abschaffung des Peso und die Einführung des US-Dollar als gesetzliches Zahlungsmittel. Davon ist mittlerweile keine Rede mehr. Finanzexperten hielten das Projekt ohnehin für unrealistisch, weil Argentinien überhaupt nicht in der Lage wäre, genug Dollar dafür aufzubringen.»*

Im Onlinebeitrag hiess es wörtlich:

*«Verschlankung des Staates: Der selbst ernannte Anarcho-Kapitalist Milei sieht den Staat als grundsätzliches Übel an und will ihn nach eigenen Angaben «von innen zerstören». Sofort nach Amtsantritt schaffte er eine ganze Reihe von Ministerien ab, entliess Zehntausende Staatsbedienstete und legte fast alle öffentlichen Bauvorhaben auf Eis. Zudem will er viele staatliche Unternehmen privatisieren. Daraus ist allerdings bislang noch nichts geworden.»*

Die vorliegende Agenturmeldung der SDA/DPA lag der beanstandeten Berichterstattung zu Grunde:

*«Buenos Aires (sda/dpa) Seit einem Jahr ist der argentinische Präsident Javier Milei im Amt. Mit seiner wilden Frisur und der Kettensäge hat er weit über die Grenzen Südamerikas für Aufmerksamkeit gesorgt. Bis heute lautet sein Mantra: "No hay plata" (Es gibt kein Geld). Sein radikales Spar- und Reformprogramm stösst auch in Europa auf Interesse. Selbst FDP-Chef Christian Lindner will in Deutschland "mehr Milei wagen". Doch was hat der ultraliberale Staatschef in seinen ersten zwölf Monaten tatsächlich erreicht?*

### **Wirtschaft**

*Die Inflation ist deutlich gesunken. Die Teuerungsrate ging von monatlich über 20 Prozent zu Beginn von Mileis Amtszeit auf zuletzt 2,7 Prozent pro Monat zurück. Die Regierung hat aufgehört, den Staatshaushalt mit der Notenpresse zu finanzieren. Zum Teil geht die positive Entwicklung aber auch auf die abgewürgte Wirtschaft zurück: Weil viele Menschen einfach kein Geld mehr haben,*

*konsumieren sie weniger. Deshalb steckt Argentinien in einer schweren Rezession - die Weltbank rechnet damit, dass die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 3,5 Prozent schrumpft. Auf der anderen Seite ist es Milei aber gelungen, das erste Mal seit Jahren wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen.*

### *Armut*

*Milei hat eine Reihe von Sozialprogrammen gekürzt, die Renten nur unterhalb der Inflationsrate erhöht und die Unterstützung für soziale Projekte wie Armenküchen heruntergefahren. Nach der Streichung von Subventionen sind die Preise für Strom, Wasser und Gas explodiert. Vielen Menschen geht es schlechter als zu Beginn von Mileis Amtszeit. So ist der Anteil der Argentinier unterhalb der Armutsgrenze um über zehn Prozentpunkte auf 52,9 Prozent gestiegen. 18,1 Prozent der Menschen leben sogar in extremer Armut - das bedeutet, ihr Einkommen reicht nicht aus, um sich mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen.*

### *Verschlinkung des Staates*

*Der selbst ernannte Anarcho-Kapitalist Milei sieht den Staat als grundsätzliches Übel an und will ihn nach eigenen Angaben "von innen zerstören". Sofort nach Amtsantritt schaffte er eine ganze Reihe von Ministerien ab, entliess Zehntausende Staatsbedienstete und legte fast alle öffentlichen Bauvorhaben auf Eis. Zudem will er viele staatliche Unternehmen privatisieren. Daraus ist allerdings bislang noch nichts geworden.*

### *Dollarisierung*

*Eines der wichtigsten Versprechen in seinem Wahlkampf war die Abschaffung des Peso und die Einführung des US-Dollar als gesetzliches Zahlungsmittel. Davon ist mittlerweile keine Rede mehr. Finanzexperten hielten das Projekt ohnehin für unrealistisch, weil Argentinien überhaupt nicht in der Lage wäre, genug Dollar dafür aufzubringen.*

### *Verbesserung der Investitionsbedingungen*

*Nach Jahrzehnten einer stark regulierten Wirtschaft will Milei das Land liberalisieren und Investoren anlocken. Er brachte ein Förderungspaket auf den Weg, das für Grossinvestitionen von mehr als 200 Millionen US-Dollar Steuervergünstigungen über 30 Jahre vorsieht. Allerdings bestehen immer noch viele Beschränkungen für den Aussenhandel. Auf Importe werden weiterhin hohe Zölle fällig. Und auch Devisentransaktionen ins Ausland sind streng reglementiert.*

## *Diplomatie*

*In der Aussenpolitik lässt sich Milei stark von seiner ultraliberalen bis rechtspopulistischen Ideologie leiten. Anstatt gute Beziehungen zu seinen wichtigen Nachbarn und Handelspartnern wie Brasilien zu pflegen, besuchte er den künftigen US-Präsidenten Donald Trump und den Tech-Milliardär Elon Musk, wettete auf rechten Foren gegen den Sozialismus und eine vermeintliche Wokeness und provozierte mit der Beleidigung der Frau von Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez einen diplomatischen Eklat. Wenn es darauf ankommt, ist er aber erstaunlich pragmatisch: Er trug die Abschlusserklärung des G20-Gipfels in Rio de Janeiro und die Einigung auf ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur mit - allerdings nicht, ohne sich kurz darauf öffentlich davon zu distanzieren.*

*(SDA-ATS|/unknown) - bsd014*

*10.12.2024 04:01 Uhr"*

Der beanstandete Beitrag basiert auf dieser Agenturmeldung der SDA/DPA. Die Redaktionen dürfen sich auf Inhalte anerkannter Agenturen, zu denen die SDA gehört, verlassen. Es gibt auch keine Anhaltspunkte, dass diese Meldung falsch ist.

Aufgrund der gemachten Ausführungen sind wir der Ansicht, dass die beanstandete Berichterstattung sachgerecht war. Wir bitten Sie deshalb, die Beanstandungen nicht zu unterstützen.

**Die Ombudsstelle** hat sich den Beitrag ebenfalls genau angeschaut und hält abschliessend fest:

Wir unterscheiden zwischen dem Online-Text und dem «Tagesschau»-Beitrag.

*Zum Online-Text:*

Wie die Redaktion in ihrer Stellungnahme schreibt, basiert der Online-Beitrag auf der Agenturmeldung der SDA/DPA. Allerdings ist der Text nicht so gekennzeichnet. Vielmehr wird die Autorenschaft folgendermassen angegeben: srf/stal;kobt, also SRF bzw. den Produzenten mit den Kürzeln stal und kobt.

Daraus muss geschlossen werden, dass der Online-Beitrag eine Eigenleistung von SRF ist. Was nachweisbar nicht der Fall ist, denn SRF übernahm nahezu 100 Prozent des Agentur-Textes. Die Redaktion darf sich zwar auf renommierte Agenturen wie sda und dpa verlassen, doch sind diese nicht unfehlbar. In einem Abschnitt haben sie sich tatsächlich auf veraltete Informationen verlassen. Die Armutsrage in Argentinien erweist sich mit grosser Wahrscheinlichkeit als niedriger als vor Mileis Amtsantritt.

Der Nationale Rat für die Koordinierung der Sozialpolitik prognostiziert auf Basis von Daten des Statistikamtes Indec, dass die Armutsrate im dritten Quartal des Jahres 2024 bei 38,9 Prozent liegt. Auch die Quote der extremen Armut ist gemäss dem Statistikamt auf unter 9 Prozent gesunken.

Zulässig ist die von der Agenturmeldung übernommene Passage, wonach von der Einführung des US-Dollars als gesetzliches Zahlungsmittel nicht mehr die Rede sei: Die vollständige Einführung des US-Dollars als gesetzliches Zahlungsmittel, ein Kernversprechen Mileis, ist bislang ausgeblieben. Zwar wurde der Währungswettbewerb legalisiert, sodass Verträge und Mieten jetzt in Dollar abgeschlossen werden können. Diese Änderung ist für die Ausgewogenheit des Beitrags aber nicht entscheidend.

Ebenfalls sachgerecht sind die Ausführungen zur Verschlankung des Staates: Der Beanstander macht geltend, es seien schon staatliche Unternehmen privatisiert worden. Im SRF-Beitrag heisst es deckungsgleich mit dem Agenturtext, Milei wolle «viele staatliche Unternehmen privatisieren». In der Originalfassung des entscheidenden Gesetzes war die Privatisierung von 41 staatlichen Unternehmen vorgesehen. Diese Zahl wurde in der Abgeordnetenkommission auf neun Unternehmen reduziert. Die vom Senat angenommene Fassung des Gesetzes sieht schliesslich die Privatisierung von zwei Unternehmen vor, nämlich die ENARSA und INTERCARGO SAU, die Flughafendienstleistungen für Fluggesellschaften erbringt. Die wichtigste Fluggesellschaft, die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft sowie die Ölgesellschaft bleiben in staatlichem Besitz. Andere Unternehmen werden entweder nur Gegenstand privater Konzessionen sein oder können privates Kapital einbeziehen, wobei der Staat die Aktienmehrheit hält. Dass Milei viele Staatsunternehmen privatisieren wollte, ist richtig. Dass ihm dies nicht gelingt bzw. dass «daraus bislang noch nichts geworden ist», ist ebenfalls eine Tatsache. Warum es Milei nicht gelingt, ist für die Ausgewogenheit nicht massgebend.

Stellt sich die Frage, ob der Redaktion wegen des veralteten Abschnittes über die Armut eine mangelnde Sachgerechtigkeit vorzuwerfen ist, nachdem sie sich auf den Agenturtext verliess und dementsprechend gar nicht feststellen konnte, ob die übernommenen Informationen irreführend oder überholt waren. Da nur ein Abschnitt allenfalls meinungsverfälschend war und der überwiegende Teil des Agenturtextes, der nicht so gekennzeichnet war, korrekt war, **stellt die Ombudsstelle beim Online-Text keinen Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes fest. Sie empfiehlt der Redaktion aber auch aus urheberrechtlichen Gründen dringend, den Online-Text als Agentur-Text auszuweisen.**

*Zum «Tagesschau»-Beitrag:*

Anders als der Online-Text beruht dieser Beitrag zu weiten Teilen aus einer eigenständigen Recherche. Zwar wird auch in diesem Beitrag erwähnt, dass die Armut auf über 50 Prozent gestiegen ist und die Arbeitslosigkeit steige. Aber im Fokus steht die Stimmung im Land seit Amtsantritt von Milei. Es wird erwähnt, dass die Sparpolitik des Staatsoberhaupts zwar einschneidende Folgen habe (zum Beispiel die steigenden Haushaltskosten), die Meinungen

zur Sparpolitik Mileis aber zu mehr als 50 Prozent hinter ihm stünden und das «wirtschaftliche Experiment» einen offenen Ausgang habe. Es wird also weniger auf die bisher unternommenen Massnahmen eingegangen als auf die Notwendigkeit, das wirtschaftlich arg angeschlagene Argentinien trotz der schwierigen Zeiten unter Milei zu sanieren.

**Die Ombudsstelle erachtet den «Tagesschau»-Beitrag auch wegen des gewählten Fokus nirgends als meinungsverfälschend gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes.**

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz